



Text Medienkonferenz

28.04.2014

SCHWEIZER TOURISMUS-VERBAND SAGT NEIN ZUR MINDESTLOHNINITIATIVE

Der Schweizer Tourismus-Verband STV lehnt die Mindestlohninitiative ab. Eine Annahme der Initiative wäre für den Tourismus und die gesamte Wirtschaft schädlich.

Ein Ja am 18. Mai gefährdet Arbeitsplätze, die hohe Qualität in unserem Land und die Konkurrenzfähigkeit der Betriebe. Für mich ist klar: Im Sinne einer gut funktionierenden Wirtschaft gibt es nur ein mögliches Abstimmungsresultat: Ein deutliches Nein!

WETTBEWERBSFÄHIGKEIT NICHT GEFÄHRDEN

Bisher handeln in der Schweiz hauptsächlich die Unternehmen und Sozialpartner die Löhne und Arbeitsbedingungen aus. Damit ist gewährleistet, dass die Gegebenheiten der Branchen und Unternehmen berücksichtigt werden. Diese Basis ermöglicht es auch, flexibel auf wirtschaftliche Schwankungen zu reagieren und so kritische Phasen zu meistern. Nicht zuletzt führt diese Anpassungsfähigkeit auch dazu, dass sich die Unternehmen nach Rezessionsphasen schneller erholen. Der flexible Arbeitsmarkt mit der Möglichkeit, die Löhne den aktuellen Wirtschaftsbedingungen anzupassen, ist ein wichtiger Erfolgsfaktor für unser Wirtschaftssystem. Die Schweiz gehört heute noch zu den wettbewerbsfähigsten Ländern der Welt.

Eine Annahme der Initiative würde nicht nur die gut funktionierende liberale Lohnfestsetzung und die auf Freiwilligkeit beruhenden starken Sozialpartnerschaften umstürzen, sondern auch ein konkurrenzfähiges Wirtschaftssystem für die Entwicklungen des Marktes unflexibel machen.

Gemäss dem SECO Tieflohnbericht 2010 hat die Schweiz im internationalen Vergleich eine hohe Arbeitsmarktbeteiligung und niedrige Arbeitslosenzahlen. Ebenso gehört die Schweiz zu den Ländern mit den wenigsten Tieflohnstellen. Selbst unter Berücksichtigung der Kaufkraftunterschiede und der unterschiedlichen Preisniveaus läge der geforderte Mindestlohn im Vergleich um knapp 40 Prozent höher als in Frankreich und mehr als 50 Prozent höher als in den Niederlanden und in Deutschland. Der Mindestlohn in Österreich wäre weniger als halb so hoch wie in der Schweiz.

L-GAV FÖRDERT WEITERBILDUNGEN

In den letzten 15 Jahren haben die Gastro- und Beherbergungsbetriebe die Mindestlöhne für unqualifizierte und gering qualifizierte Arbeitskräfte sukzessive den mittleren Löhnen der Branche angeglichen. Hier ist über die gesamte Lohnstruktur der Branche gesehen, die mit Abstand stärkste Lohnzunahme der letzten Jahre zu verzeichnen. Insbesondere bietet der L-GAV im Vergleich zu anderen Branchen auch ein Aus-, und Weiterbildungssystem. So erhalten auch die Mindestlohnempfängerinnen und -empfänger der Branche die Möglichkeit, sich beruflich weiterzubilden und ihre Lohnsituation zu verbessern.

NEGATIVFOLGEN BEI ANNAHME DER INITIATIVE

Die Stärke des heutigen Systems ist es, flexibel auf die aktuelle marktwirtschaftliche Situation reagieren zu können. Die Wirtschaftskrise hat den Tourismus härter getroffen als andere Branchen. Der Tourismus hat mit hohen strukturellen Kosten umzugehen, hinzu kommen der starke Franken und die grosse Unsicherheit in den EU-Ländern. Der Tourismussektor hat nur wenige Möglichkeiten, um auf die angespannte Situation zu reagieren. Eine gewisse Flexibilität bei den Löhnen ist essentiell für den Erhalt der touristischen Betriebe.

Würde man die unqualifizierten und niedrigqualifizierten Arbeitnehmenden mit 4000 Fr. entlohnen, müssten alle anderen Löhne der Ausbildung entsprechend ebenfalls angehoben werden. Dieser Kostenanstieg wäre wohl für viele Betriebe kaum tragbar. So wären Arbeitsplätze und die Kontinuität in Unternehmungen gefährdet – nicht zuletzt würde sich dies auch auf die Qualität der Dienstleistung am Kunden auswirken.

Es ist zu befürchten, dass vor allem Arbeitsplätze in Gebieten verloren gingen, die hauptsächlich vom Tourismus leben. Die Erhaltung der Arbeitsplätze in Bergregionen ist eng an die Vielfalt der Tourismuslandschaft geknüpft. Die Aufrechterhaltung des breiten touristischen Angebots ist essentiell für die Schweiz.

All dies macht klar: Für eine gesunde Tourismuswirtschaft in unserem Land ist es unabdingbar, dass wir am 18. Mai geschlossen für ein Nein eintreten. Helfen Sie mit!

PARTNERSCHAFT. POLITIK. QUALITÄT.